

## 7. Kapitel: Das Europaargument

Die Rede von Europa bezieht sich auf eine relativ kleine Landmasse, die ihren kontinentalen Charakter nicht durch klare Grenzen beweisen kann.<sup>564</sup> Eine geographische oder historische Identitätssuche gerät deswegen leicht in einen Leerlauf, der immer wieder aufgelöst werden muss.

Die Geographie ist bereits uneindeutig. Der Ural, der Kaukasus und der Bosphorus müssen Ozeane als Grenze zu Asien ersetzen. Als Grenze zu Afrika gibt es zwar das Mittelmeer, doch ob dieses nun einen klar trennenden Charakter hat, gilt zumindest den direkten Anrainern mit kolonialen Erinnerungen als fraglich. Stand doch nicht nur die griechische Wiege Europas am Mittelmeer,<sup>565</sup> auch lange nach der *translatio imperii* in den Norden hat sich europäisches Leben um das Mittelmeer herum abgespielt.<sup>566</sup>

Bis der koloniale Imperialismus Frankreichs und Englands den Norden Afrikas in Besitz nahm und, im Falle der französischen Kolonie Algerien, zum integralen Bestandteil der eigenen Nation erklärte, markierte das Jahr 1492 mit dem Fall Granadas die Trennung der südlichen von der nördlichen Küste des Mittelmeers; zumindest in Hinsicht auf Afrika – 1453 hatten die Osmanen Konstantinopel erobert. 1492 war aber auch das Jahr der Überwindung des Atlantiks und der Entdeckung Amerikas, in deren Folge die Besiedlung der neuen Welt durch Europäer stattfand. Hier ist

---

564 Der kontinentale Charakter zeigt sich eher im eigenen europäischen Mikrokosmos, der zwischen englischem und kontinentalem Frühstück unterscheidet.

565 Vgl. auch Bragues im Mittelmeer angesiedelter Entwurf einer römischen Identität Europas, die Inhalte gleichsam nicht selbst verkörpert, sondern von Jerusalem und Athen dieses übernehmend, selbst halbbarbarisch, sie an die Barbaren weitergibt. Rémi Brague, *Europa. Eine exzentrische Identität* (Frankfurt am Main: Campus, 1993).

566 Der Widerspruch zwischen der deutschen nordöstlichen und der französischen südlich-mediterranen Europakonzeption wird, nachdem die karolingischen Grenzen längst überschritten sind, immer stärker virulent werden. Mirgeler konzipierte in den 1960er Jahren den Europäer im Gegensatz zum Griechen recht deutsch als Waldmenschen: „Der Grieche geht auf den Markt, der Europäer in den Wald.“ Albert Mirgeler, *Geschichte Europas* (Freiburg: Herder, 1964) auf S. 2. Girault betont die andere Perspektive: „Ein römischer Bürger, der auf dem heutigen Gebiet von Tunesien lebte, mußte also viel eher als ein „Europäer“ betrachtet werden als ein „wilder“ Sachse, der in der großen Ebene des Nordens des heutigen Deutschlands lebte.“ René Girault, "Das Europa der Historiker," in *Europa im Blick der Historiker (Historische Zeitschrift/Beihefte)*, hrsg. von Rainer Hudemann et al. (München: Oldenbourg, 1995) 55-90, auf S. 57.

die geographische Distanz zwar enorm, doch kann nach 1945 Europa, und gerade der Prozess der europäischen Integration, nicht ohne den US-amerikanischen Paten verstanden werden. In der Rhetorik des Kalten Kriegs verhinderte der Westen, dass Europa von Asien verschluckt wurde.

Die europäische Integration trägt diesen nur schwer abgrenzbaren Kontinent im Namen und erhebt den Anspruch, seine Zukunft zu verkörpern. Wer einen Anspruch formulieren kann, zu Europa zu gehören, dem kann somit die Bitte um Aufnahme in die EU nicht prinzipiell verweigert werden. Die Dynamik des Europaarguments ergibt sich damit von selbst.

Die Erzählung des europäischen Selbst hat sich mit dem geographischen Handicap als asiatischer Wurmfortsatz immer besonders bemühen müssen, sich nach Osten hin abzugrenzen.<sup>567</sup> Dabei nahmen die Europäer traditionell ihre Heterogenität und ihre Dynamik auf engem Raum gegenüber der homogenen Ruhe der weiten asiatischen Imperien wahr.<sup>568</sup> Diese Projektion musste zwar gelegentlich dem Bild der vorwärts stürmenden asiatischen Horde – von den Hunnen<sup>569</sup> über die Mongolen bis zu sowjetischen Kommunisten – weichen, doch gelang damit die diskursive Umwandlung der eigenen Zersplitterung und Enge in ein die Vielseitigkeit bewahrendes dynamisches Projekt. Europas Erzählung von sich selbst war die Geschichte einer aus Nähe und Heterogenität geborenen Dynamik.

Ole Wæver machte darauf aufmerksam, dass das Andere der europäischen Integration nicht Asien oder Amerika sein muss, sondern sich das Selbst des integrierten Europas vor allem in Abgrenzung zu seiner eigenen unheilvollen Geschichte der kriegerischen Konflikte versteht.<sup>570</sup> Allerdings zielte diese Abgrenzung nicht auf die europäische Geschichte als solche, sondern eher auf die Konfliktlage nationalistischer Machtstaaten, die in zwei Weltkriegen Europa zerstörten. Die karolingische Rückprojektion auf das frühmittelalterliche Europa Karls des Großen funktionierte nicht nur

---

567 Iver B. Neumann, *Uses of the other. "The East" in European identity formation* (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999).

568 Diese Konzeption geht auf den griechisch-persischen Gegensatz zurück. Vgl. Pim den Boer, "Europe to 1914: the making of an idea," in *The History of the Idea of Europe*, hrsg. von Kevin Wilson und Jan van der Dussen, *What is Europe?* (London: Routledge, 1993): 13-82, auf S. 16f.

569 Mit den metaphorischen Hunnen wird deutlich, dass Asien aus westlicher Sicht auch gleich in Deutschland beginnen kann.

570 Ole Wæver, "Identity, communities and foreign policy: discourse analysis as foreign policy theory," in *European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic States*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver (London: Routledge, 2002): 20-49, auf S. 280.

am Beginn des Integrationsprozesses als Vehikel deutsch-französischer Gemeinsamkeit, die die Beneluxstaaten einschloss. Die ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi kam im Mai 2023 eigens nach Aachen, um den Karlspreis für sich und sein kämpfendes Volk entgegenzunehmen. In seiner Dankesrede betonte er mit karolingischem und martialischem Pathos die Notwendigkeit eines Siegfriedens:

„Deshalb ist mein wichtigster Appell an Sie heute: Seien Sie des Charakters Karls des Großen würdig!

Siegt!

Stellt den Frieden her, der die Frucht unseres gemeinsamen Sieges sein wird und den wir unseren Kindern und Enkeln als das wichtigste Erbe Europas hinterlassen werden!“<sup>571</sup>

Die russische Aggression gab dem europäischen Selbst wieder die Gelegenheit, seine potentiell konfliktreiche Heterogenität in Abgrenzung zu Projekten, die eine Befriedung nur über Homogenisierung für möglich hielten, positiv als Freiheitsordnung zu fassen und diese gegen die Gewalt des Ostens abzugrenzen. Vielfalt und Gegensätzlichkeit sollten nicht einem homogenen Frieden der Gewalt geopfert werden, sondern aus der Heterogenität heraus sollte sich eine kooperative Dynamik entwickeln. Der russische Angriffskrieg bietet offensichtlich eine Steilvorlage für den klassischen Abgrenzungsdiskurs nach Osten. Der europäische Argumentationszusammenhang, der im Kalten Krieg geboren wurde, aber länger zurückreicht, bietet dazu zahlreiche Anknüpfungspunkte. Er muss aber auch eine Gradwanderung vollbringen, die ihm auch weiter die Abgrenzung zu seiner konfliktreichen Vergangenheit erlaubt.<sup>572</sup>

Vor aller Abgrenzung erfasst die Frage nach der gehegten Heterogenität, das europäische Selbstverständnis am besten. Dieses alte Argument der Heterogenität fand im Sprachspiel des integrierten Europas in eine neue Form, die ohne eine Abgrenzung nach außen tragen möchte. Es hat sich „eine institutionelle Ordnung entwickelt, die sich durch zwei Eigenschaften

---

571 Wolodymyr Selenskyi, *Ansprache des Preisträgers*, Aachen 14. Mai 2023, (letzter Zugriff 26.05.2023: [https://www.karlspreis.de/Portals/0/pdf/Rede\\_Selenskyi\\_deutsch-komplett.pdf?ver=2023-05-15-170108-827](https://www.karlspreis.de/Portals/0/pdf/Rede_Selenskyi_deutsch-komplett.pdf?ver=2023-05-15-170108-827)).

572 Wenige Texte dürften die Ambivalenz dieser Ost-West-Abgrenzung so prägnant illustrieren wie Ernst Jünger, „Der Gordische Knoten“ in ders. *Betrachtungen der Zeit. Sämtliche Werke* 9 (Stuttgart: Klett-Cotta, 2015) 375-479.

auszeichnet [...]: Heterogenität und Interdependenz.<sup>573</sup> Der Ausbau der gegenseitigen Abhängigkeit bedeutet dabei gleichzeitig ein erhöhtes Konfliktpotential wie die Hoffnung, durch die Einsicht in die grundsätzliche Unausweichlichkeit der Nähe und des Konflikts, daraus eine friedliche Dynamik der Kooperation zu entfalten.<sup>574</sup> Die Kooperation darf dabei nicht wirtschaftlich verkürzt verstanden werden, denn die Heterogenität bezieht sich nicht allein auf den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern betrifft gerade auch die unterschiedlichen Argumentationszusammenhänge vom guten Leben der europäischen Akteure jenseits ihrer gemeinsamen europäischen Praxis.

Die Absicht aus Heterogenität und Interdependenz nicht mehr Krieg, sondern Kooperation sich entwickeln zu lassen, prägte den Topos der „Einheit in Vielfalt“,<sup>575</sup> der ab 2000 zum offiziellen Motto „in Vielfalt geeint“ umformuliert wurde. Diese Veränderung geschah auch, um eine Gewichtsverlagerung von der Einheit in Richtung Vielfalt zu unterstreichen und den Skeptikern entgegenzukommen. Mit diesem Topos hatte das europäische Projekt eine Formulierung gefunden, die der Erzählung ein Thema vorgab, das ohne negative Abgrenzung variiert und gefüllt werden kann. Der Andere ist in diesem Topos Teil des Selbst. Damit lebt dieses „in Vielfalt geeint“ in der ständigen Bewegung des gemeinsamen Austauschs. Die Argumente sollen sich in dieser Praxis so offen bewegen können, wie sich die europäischen Bürger in ihrer Bewegungsfreiheit nicht mehr an die alten Staatsgrenzen zu halten brauchen. Doch die europäische Praxis bleibt nicht auf den dynamischen Austausch ihrer Gegenwart begrenzt. Das „in Vielfalt geeinte“ Europa bewegt sich mit dem Topos der „immer engeren Union“ in eine gemeinsame Zeit hinein.

Darüber hinaus gilt die Dynamik nicht nur der Ausdehnung in der Zeit, sondern auch der Ausdehnung im Raum. Europa schließt sich nicht nur

---

573 Markus Jachtenfuchs, "Verfassung, Parlamentarismus, Deliberation. Legitimität und politischer Konflikt in der Europäischen Union," in *Politik in einer entgrenzten Welt*, hrsg. von Christine Landfried (Köln: Wissenschaft und Politik, 2001): 71-89, auf S. 73.

574 Zu Heterogenität, Konflikt und Kooperation aus neoutilitaristischer Perspektive: Robert O. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy* (Princeton: Princeton University Press, 1984).

575 Vgl. beispielsweise: Melissa Pantel, "Unity-In-Diversity: Cultural Policy and EU Legitimacy," in *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, hrsg. von Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith (London: Routledge, 1999): 46-65. Norbert Kohlhasse, *Einheit in der Vielfalt - Essays zur Europäischen Geschichte, Kultur und Gesellschaft* (Baden-Baden: Nomos, 1988).

enger zusammen, sondern schließt auch immer mehr ein. Diese Dynamik im Raum trägt dazu bei, dass die Heterogenität nicht ab, sondern zunimmt. Europa erscheint als Schicksalsgemeinschaft, die ihre alten Konflikte mit dem Topos des „immer enger vereint“<sup>576</sup> überwinden will. Doch Heterogenität wird dabei nicht negativ besetzt. Die Völker Europas sind „stolz auf ihre nationale Identität und Geschichte“ und nur der Topos „in Vielfalt geeint“ verspricht eine positive gemeinsame Zukunft. Europa wird dabei als abenteuerlicher Prozess verstanden, der aus seiner Heterogenität, und diese bewahrend, einen gemeinsamen Raum schaffen will, in dem sich die Hoffnungen der Menschen entfalten können. Die Heterogenität reicht somit bis auf die Ebene der Individuen und der Entfaltung ihrer verschiedenen Hoffnungen herab. Der Prozess Europa soll seine Bewohner immer enger, aber eben auch in Vielfalt zusammenführen. Dieser Kontinent Europa bleibt immer auf dem Weg. Er ist immer unterwegs und in Bewegung. Ernst macht die europäische Praxis ihrer offenen Konzeptualisierung des Kontinents Europas schon in den Römischen Verträgen von 1957: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.“<sup>577</sup>

Die Balance zwischen der vorsichtigen Homogenisierung einer immer engeren Union und dem Primat des Topos „in Vielfalt geeint“ erlauben es, verstärkt durch diese deutlichen Worte, nur schwer, klare Homogenitätsansprüche als Abgrenzungskriterien gegenüber dem Osten einzuführen.

Versuche, den aufgeklärten Westen von einem orthodoxen Osten abzugrenzen, sind gescheitert. Rumänien und Bulgarien sind beigetreten. Der Westbalkan wartet zwar nun schon lange erfolglos auf die Einlösung der Beitrittsperspektive. Der ukrainische Widerstand gegen den russischen Aggressionskrieg, inklusive der dadurch verstärkten Spannungen innerhalb der orthodoxen Kirchen, lässt eine Konzeptualisierung eines westlichen Europas ohne die Orthodoxie, wie es Samuel Huntington diskurswirksam 1993 in seiner europäischen Landkarte des Kampfs der Kulturen skizzierte,<sup>578</sup> als obsolet erscheinen. Die Konzeption einer solchen Grenze war

576 Die alte Formulierung sprach von einer „immer engeren Union.“ Ebenso wird „Einheit in Vielfalt“ von „in Vielfalt geeint“ abgelöst. Die neuen Formulierungen lassen eine Tendenz erkennen, die Heterogenität der europäischen Praxis stärker zu gewichten. Sie werden hier beide synonym gebraucht.

577 Vgl. Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2016) auf S. 64.

578 Samuel P. Huntington, "The Clash of Civilizations?," *Foreign Affairs* 72 (1993): 22-49; Vgl. auch Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen* (München: Europa, 1996).

schon vorher in der prekären Situation, mit Griechenland nicht nur den Ursprung des europäischen Mythos, sondern auch den der Orthodoxie bereits in der EU vorzufinden.

Entscheidend für die Balance des Topos „immer enger vereint“ mit dem Motto „in Vielfalt geeint“ bleibt dabei, ob sich die Heterogenität in europäischer Enge aufeinander bezieht oder ob eine Möglichkeit besteht, dass sich das Konfliktpotential voneinander wegentwickelt. Zu Europa gehört nur der, der sich in und um Europa streitet. Wessen Konflikte als europäische Konflikte konstruiert werden, gehört dazu, wer seinen Konfliktschwerpunkt außereuropäisch verlagert, bleibt draußen. Die Türkei hat sich mit ihrer Orientierung am Nahen und Mittleren Osten eher hinausbewegt. Russlands Angriff auf die Ukraine versucht, der Ukraine und Europa die harte Konfliktabgrenzung über eine Teilung der Ukraine aufzuzwingen; eine für das Argument des integrierten Regierens unmögliche Lösung.

Gegenüber dem Osten und seiner beweglichen und schwer lokalisierbaren asiatischen Grenze hat Europa 1993 in Kopenhagen sein Angebot schon formuliert: Jeder, der zu Europa gehört, kann sich auch an der Integration des Kontinents beteiligen, wenn er sowohl in seiner Wirtschaftsweise wie in seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Konzeption der Politik zu erkennen gibt, dass er bereits seine eigene Heterogenität erfolgreich in eine Dynamik der Einheit in Vielfalt münden lässt. Kein Land hat diese Bereitschaft so unter Beweis gestellt, wie die Ukraine im Widerstand gegen die russische Invasion.

Für den Süden gilt dieses Angebot nicht. Mit der expliziten Ablehnung des Beitrittsantrags Marokkos von 1987 durch die EG steht zumindest ein Argument gegen Afrika schon bereit,<sup>579</sup> aus dem gleichen Jahr stammt auch der türkische Antrag, der bekanntlich nicht grundsätzlich abgelehnt wurde. Das mediterranorientierte Frankreich hat aber nicht vor, diese Argumenta-

---

579 Eine Gegenposition vertritt Moser, der von einer eurafrikanischen Gemeinschaft spricht, die bereits mit den Römischen Verträgen geschlossen wurde und deswegen, wenn auch am Rand, Bestandteil des europäischen Argumentationszusammenhangs ist: Thomas Moser, *Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Eine historische Analyse über die Entstehungsbedingungen der Eurafrikanischen Gemeinschaft von der Weltwirtschaftskrise bis zum Jaunde-Vertrag, 1929-1963* (Baden-Baden: Nomos, 2000).

tionslinie aufzugeben und der europäische Argumentationszusammenhang gibt dem französischen Bemühen durchaus eine Chance.<sup>580</sup>

Bleibt die innerwestliche Abgrenzung: Nordamerika gehört nicht zu Europa. Aber Europa und Amerika gehören zusammen. Die USA bleiben der einflussreiche Pate der europäischen Integration. Ein eigenständiges oder gar anti-amerikanisches Europa wird sich trotz der geographischen Distanz nur schwerlich konzipieren lassen. Die USA haben die europäische Integration protegiert, um zum einen die Heterogenität Europas nicht mehr in einen Krieg münden zu lassen und zum anderen um in ihrer Auseinandersetzung mit dem Osten diesem entgegenzutreten und seine Ausdehnung auf Kosten des Westens zu verhindern. Amerika sah Europa nie als „Dritte Kraft“, sondern als Teil des eigenen Einflussbereichs.<sup>581</sup> Die beiden zentralen Topoi von „in Vielfalt geeint“ und „einer immer engeren Union“ sind zu einem Gutteil Geschenke des amerikanischen Paten.<sup>582</sup> Der Heterogenität als Basis einer demokratischen Politikkonzeption gelingt erst mit den *Federalist-Papers*<sup>583</sup> der Durchbruch. Rousseau setzte Interdependenz nicht nur mit Konflikt gleich, sondern ging auch davon aus, dass Konfliktbewältigung demokratisch nur in der homogenen, möglichst autarken kleinen Gemeinde zu verwirklichen sei.<sup>584</sup>

Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden auf dieser Basis in doppelter Weise Vorbild für die „immer engere Union.“ Sie gaben das Leitbild für einen politischen Zusammenschluss ab, der freilich mit einer noch stärkeren Heterogenität zurecht kommen musste. Sie glätteten aber auch mit ihrem kulturellen Einfluss auf Alltag und Politik die europäische Heterogenität auf eine nicht zu unterschätzende Weise. Europa und die USA stehen damit im Argumentationszusammenhang des Westens, für den der Zusammenhang von Heterogenität und Dynamik in ähnlicher Weise gilt wie für die europäische Integration. Europa hat in diesem Verhältnis die

580 Zur französischen Konzeption vgl. immer noch eindrücklich: Jacques Delors, "Eine Avantgarde als Motor für den Europäischen Einigungsprozess," in *Europa-Handbuch*, hrsg. von Werner Weidenfeld (Gütersloh: Bertelsmann, 2002): 854-859.

581 Geir Lundestad, *'Empire' by Integration: The United States and European Integration, 1945-1997* (Oxford: Oxford University Press, 1998).

582 Das europäische Motto variiert das amerikanische *E pluribus unum*.

583 Vgl. besonders Artikel 10 und zusätzlich zum Aspekt der Größe des Landes Artikel 14. Willi Paul Adams und Angela Adams (Hrsg.), *Alexander Hamilton/James Madison/John Jay. Die Federalist-Artikel* (Paderborn: Schöningh/UTB, 1994).

584 Vgl. u.a. Jean-Jacques Rousseau, *Gesellschaftsvertrag* (Stuttgart: Reclam, 1986) auf S. 55, 58ff. Siehe auch Stanley Hoffmann, *The State of War* (London: Pall Mall, 1965) auf S. 77ff.

Möglichkeit, seine Position stärker zur Geltung zu bringen, auch in der gelegentlichen Auseinandersetzung. Der europäische Argumentationszusammenhang bietet auch genügend Anknüpfungspunkte für das Vorbringen von amerikakritischen, auf Eigenständigkeit abzielende Argumente, doch sind diese Anknüpfungspunkte zu schwach, um ein eigenständiges Europa durchzusetzen.

Die hier zu erzählenden topischen Sprachspiele lassen einmal in den Europaplänen des Anfangs deutlich werden, wie die konfliktgeladene Heterogenität das bestimmende Kriterium für die Einladung zu dieser Praxis wird. Im topischen Sprachspiel der Geopolitik, wie sie Charles de Gaulle begann, werden dann drei Argumente deutlich. Die Beschränkung Europas auf den Westen ist der historisch kontingenten Situation des Kalten Kriegs geschuldet und steht im Widerspruch zum Europaargument. Die beiden anderen Argumente de Gaulles werden hingegen nicht in die Topik der europäischen Sprachspiele aufgenommen. Weder kann Europa anti-atlantisch vereinigt werden, noch braucht die europäische Heterogenität einen Förderator zur Herstellung ihrer Einheit. Sie will offene Praxis bleiben. Im doppelten Sprachspiel von Kopenhagen zeigt sich, dass ihr die Verbindung von Erweiterung und Vertiefung der EU zwar sehr schwerfällt, dass sie dies aber innerhalb der Vorgaben ihres Argumentationszusammenhangs schaffen kann und dies auch nachhaltig unternimmt.

### § 1: Die topischen Sprachspiele Churchills, Schumans und Spinellis

Zu Europa gehört, wer sich in Europa streitet. Auch wenn Churchill in seiner Züricher Europarede im September 1946<sup>585</sup> weder von der „immer engeren Union“ noch von der „Einheit in Vielfalt“ oder dem späteren Motto „in Vielfalt geeint“ sprach, wurde die Argumentationslinie der aus Heterogenität und Konflikt geborenen Dynamik der Kooperation für Friede und Wohlstand dort wirkungsmächtig vorgetragen.

Churchill sprach von außen. England wurde als Teil des Commonwealth und nicht als Teil Europas verstanden. Das Vereinigte Königreich sah sich noch als außereuropäische Weltmacht, deren Konfliktschwerpunkt auch in Europa, aber nicht nur dort lag – eine Haltung, die zwar heute auf einer grundlegend anderen Basis steht, aber mit dem Brexit 2020, dem Slogan „Global Britain“ und dem AUKUS-Bündnis, in dem sich die Briten mit

---

585 Winston Churchill, *From Winston Churchill. Speech at the University of Zürich on September 19th, 1946* (Zollikon: Kranich, 1996).



den USA und Australien zur militärischen Eindämmung Chinas 2021 zusammengeschlossen hatten, wieder aktuell ist. Churchill sprach damals von Europa, ohne alle geographisch zu Europa gehörenden Länder in seinen Appell mit einzubeziehen.

Die zentrale Aufforderung in Churchills Sprachspiel galt Deutschland und Frankreich. Die beiden Erbfeinde in Europas Mitte sollten die Unausweichlichkeit ihrer nachbarschaftlichen Nähe und die daraus resultierenden Reibungsflächen annehmen und darauf aufbauend ein gemeinsames Projekt für Europa initiieren. Europa, und mit ihm das Ziel der Integration, wurde vom zentralen Konflikt gedacht. Das besiegte Deutschland, das ganz auf Europa setzte, um seiner Vergangenheit zu entrinnen, war leichter in diese Praxis einzubinden als Frankreich. Europa beschränkte sich nicht auf Frankreich und Deutschland und der deutsch-französische Gegensatz war nicht das einzige Problem der europäischen Nachkriegsordnung. Doch in der Überwindung dieses Konflikts auf der Basis des Topos „in Vielfalt geeint“ wurde ein wichtiger Schlüssel zur Lösung der anderen europäischen und weltpolitischen Fragen gesehen. Die Dynamik des Europaarguments in Zeit und Raum beginnt damit an einem sehr konkreten geographisch und historisch bestimmten Ort: dem deutsch-französischen Konflikt. Churchill schloss die Beneluxländer mit ein, die Schauplätze und Schlachtfelder dieses Konflikts in zwei Weltkriegen waren. An die flandrischen Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs erinnern sich gerade die Briten jeden 11. November, wenn sie sich zum ehrenden Gedenken ihrer Gefallenen Mohnblumensymbole anstecken. An diesem Ort der Schlachtfelder soll aus der feindlichen Heterogenität heraus in die Einheit in Vielfalt gefunden werden und die immer engere Union beginnen. Adolf Muschg fand dafür die Metapher vom Riss, der zum Grundriss Europas werden sollte.<sup>586</sup>

Dieser Anfang ist sowohl geographisch wie funktional begrenzt. Doch mit der Rede von Europa wird diesem engen Anfang gleich ein sehr weiter Rahmen mitgegeben. Aus diesem Widerspruch zwischen Anfang und Anspruch ergibt sich die Dynamik von Vertiefung und Erweiterung, die die Dynamik der Integration ausmacht. Die Praxis dieser Argumentation kennt weder feste Grenzen noch ein genaues Ziel. Sie will nur immer mehr der europäischen Heterogenität in einer immer engeren in Vielfalt geeinten Union einschließen. Dieser Impuls des Europaarguments treibt das Argument des integrierten Regierens voran.

---

586 Adolf Muschg, „Kerneuropa. Gedanken zur europäischen Identität“, *Neue Züricher Zeitung*, 31. Mai 2003.

Churchills Appell von Zürich war eingebettet in das anglo-amerikanische Bestreben, Europa als Bollwerk gegen den Kommunismus und die Sowjetunion zu errichten und stellt als Teil dieser Überlegungen die wirtschaftliche Gesundung und den Wiederaufbau des Kontinents in den Mittelpunkt.<sup>587</sup> Diese Weichenstellung auf Pazifizierung und Modernisierung als Teil des anti-kommunistischen Kurses fand jedoch vor einem sehr vielschichtigen europapolitischen Diskurs statt,<sup>588</sup> den Churchills Argumentation zum Teil aufnahm, zum Teil aber auch ausbremsen wollte.

Die europäischen Föderalisten tagten während Churchill in Zürich sprach in Hertenstein. Doch die aus föderalistischer Perspektive der europäischen Erzählung ähnlich maßgebliche Versammlung lehnte den Antrag mehrheitlich ab, Churchill ihre Zustimmung zu telegraphieren.<sup>589</sup> Im September 1946 lag den Föderalisten, die aus der Résistance, dem Exil und den Gefangenen- und Konzentrationslagern kamen,<sup>590</sup> weniger die Einbindung in ein anti-sowjetisches Lager am Herzen als die Überwindung der europäischen Nationalismen und damit der europäischen Selbstzerfleischung. Europa sollte seine Heterogenität annehmen und daraus einen Bund der Gleichberechtigten formen, der als Dritte Kraft zwischen den

---

587 Anne Deighton (Hrsg.), *Building Postwar Europe: National Decision-Makers and European Institutions, 1948-1963* (London: Macmillan, 1995); Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996) auf S. 48-68; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945-51* (Berkeley: University of California Press, 1984); Holger Schröder, *Jean Monnet und die amerikanische Unterstützung für die europäische Integration 1950-1957* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994).

588 Walter Lipgens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegung 1940-45* (München: Oldenbourg, 1968); Walter Lipgens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950 Erster Teil: 1945-1947* (Stuttgart: Klett, 1977); Walter Lipgens (Hrsg.), *Documents on the History of European Integration. Volume 1. Continental Plans for European Union 1939-1945* (Berlin: de Gruyter, 1985); Walter Lipgens (Hrsg.), *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments* (Bonn: Europa Union, 1986). Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996); Wilfried Loth (Hrsg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950* (Bonn: Europa Union, 1990).

589 Paul Noack, "Der Einfluß der Intellektuellen in der Frühphase der Europäischen Bewegung," in *Histoire des débuts de la construction européenne*, hrsg. von Raymond Poidevin Bd. 1 (Baden-Baden: Nomos, 1986): 225-240, auf S. 232-233.

590 Pläne des Exils und des Widerstands, vgl. neben Walter Lipgens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegung 1940-45* (München: Oldenbourg, 1968). Auch Klaus Voigt (Hrsg.), *Friedenssicherung und europäische Einigung* (Frankfurt am Main: Fischer, 1988).

neuen Supermächten seine Unabhängigkeit bewahren und sich erneuern könnte.<sup>591</sup> Gerade auch die sozialistische Perspektive galt dabei als gangbarer Weg.<sup>592</sup> Die europäische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg konnte auf die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit zurückgreifen, in der aus dem Schrecken über die Zerstörung des alten Europas,<sup>593</sup> die Tradition der Europa-pläne<sup>594</sup> wieder starken Auftrieb erhielt. Auch Mittel- und Osteuropa beteiligte sich in der Zwischenkriegszeit an diesen Überlegungen beteiligte.<sup>595</sup> Neben den Bemühungen der deutsch-französischen Aussöhnung zwischen Stresemann und Briand<sup>596</sup> sticht aus den Überlegungen der Zwischenkriegszeit vor allem Coudenhove-Kalergi<sup>597</sup> hervor. Briand und Coudenhove-Kalergi sind es auch, die als einzige in die Ahnentafel von Churchills Rede gelangen. Coudenhove-Kalergis Projekt einer konservativen pan-europäischen Macht, die sich weltpolitisch behaupten kann,

---

591 Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996) auf S. 28-47.

592 Wilfried Loth, *Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940-1950* (Stuttgart: DVA, 1977).

593 Stefan Zweigs autobiographisch gefärbter Roman „Die Welt von Gestern“ ist der vielleicht schönste nostalgische Abgesang auf die bereits nach dem ersten Weltkrieg verlorene Welt des europäischen Bürgertums. 100 Jahre später hatte es die europäische Integration zumindest im Schengenraum wieder auf dieses kosmopolitische Niveau geschafft, zumindest bis zur Flüchtlings- und Coronakrise. Der bemerkenswerte Unterschied war aber der, dass die Welt von heute nicht nur die Welt der Großbürger darstellt, sondern trotz der unbestreitbaren Dominanz der Ökonomie doch einer weitaus größeren Zahl von europäischen Bürgern die europäischen Vorteile erschließt, als dies die Welt von Gestern tat. Dass es auch heute noch zu wenige sind, macht nichts so deutlich wie das Sterben in der Migrationskrise am Mittelmeer. Aber auch der Brexit, dessen Erfolg nicht zuletzt auf den Wunsch nach nationaler Kontrolle der Einwanderung und das Ressentiment gegen den *Polish plumber*, gerade in der Arbeiterklasse, zurückzuführen war, kennzeichnet die innereuropäische Problematik zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die eine eigene Auseinandersetzung verdient, die hier nicht geleistet werden kann. Vgl. in anderem Zusammenhang: Mariano Barbato, „Die Mauer ist keine Lösung.“ *Die Migrationspolitik von Papst Franziskus* (Frankfurt/New York: Campus, 2020).

594 Rolf Foerster, *Geschichte einer politischen Idee* (München: Nymphenburger, 1967); Rolf Foerster (Hrsg.), *Die Idee Europa 1300-1946* (München: dtv, 1963).

595 Hans Lemberg, "Europäische Einheitsbestrebungen in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges," in *Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union*, hrsg. von Gabriele Clemens (Münster: Lit, 1999): 1-20.

596 Franz Knipping, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931* (München: Oldenbourg, 1987).

597 Richard Coudenhove-Kalergi, *Panuropa* (Wien: Pan-Europa, 1923).

entsprach zwar dem Unabhängigkeitsaspekt des föderalistischen Diskurses einer Dritten Kraft nach dem Zweiten Weltkrieg, stand aber konträr zu den in Richtung Sozialismus offenen, postnationalen Konzepten der Föderalisten und ihrer Abwendung der Staaten. Sie setzten ihre Hoffnungen nicht auf eine staatliche Machtzusammenballung, sondern in eine Volksbewegung der europäischen Bürger, die, besonders bei Spinelli<sup>598</sup> und seinem Manifest von Ventotene, den friedlichen Aufstand der Europäer gegen ihre Nationalstaaten und eine verfassungsgebende Versammlung herbeiführen sollte. Trotz einer breiten Zersplitterung kann die frühe Europabewegung aus dem Widerstand und dem Exil heraus auf einen Nenner gebracht werden: „Sie waren insoweit alle links, als sie ein Weltsystem liberaler Nationalstaaten als gescheitert erklärten – und sie wollten sich weder in den Dienst der einen noch der anderen Weltmacht nehmen lassen.“<sup>599</sup>

Die weltpolitischen Argumentationszusammenhänge des Kalten Kriegs waren nun aber nicht so, dass sich diese Argumentation hätten durchsetzen können. Die europäische Praxis war nicht nur auf ihren eigenen Argumentationszusammenhang verwiesen, der vor allem dadurch genährt wurde, dass die Nationalstaaten dem deutschen Angriff nicht standgehalten hatten bzw. der Nationalismus als Grundübel der europäischen Misere ausgemacht wurde. Die europäische Praxis war auch Teil des weltpolitischen Aushandelns, das immer stärker von der Blockkonfrontation bestimmt wurde. Churchill war der erste Protagonist der Einbindung der europäischen Praxis in den Zusammenhang des Westens. Dabei wurde zwar der Topos der Dritten Kraft an den Rand des Argumentationszusammenhangs gedrängt, doch die Topoi der „Einheit in Vielfalt“, später „in Vielfalt geeint“, und der „immer engeren Union“ konnten auf dem tragfähigen Fundament der Westbindung, gleichsam im amerikanischen Gewächshaus, heranreifen. Die vorhandenen europäischen Einigungsbestrebungen wurden somit nicht nur beiseitegedrängt, sondern aufgegriffen und auf eine zentrale Aufgabenstellung fokussiert.

---

598 Altiero Spinelli und Ernesto Rossi, "The Ventotene Manifesto," in *The European Union*, hrsg. von Brent F. Nelsen und Alexander C.-G. Stubb (Houndmills: Palgrave, 1998): 3-6. Vgl. auch Sergio Pistone, "Altiero Spinelli and the Strategy for the United States of Europe," in *European Union*, hrsg. von Brent F. Nelsen und Alexander C.-G. Stubb (Houndmills: Palgrave, 1998): 85-92.

599 Paul Noack, "Der Einfluß der Intellektuellen in der Frühphase der Europäischen Bewegung," in *Histoire des débuts de la construction européenne*, hrsg. von Raymond Poidevin Bd. 1 (Baden-Baden: Nomos, 1986): 225-240, auf S. 229.

Der Höhepunkt und gleichsam das Ende der europäischen Bewegung als alternativer Argumentationszusammenhang zum Ost-West-Konflikt bildete der Kongress von Den Haag im Mai 1948. Waren ein Jahr vorher die Gremien der Föderalisten noch von unabhängigen Intellektuellen geprägt worden, nahmen nun die führenden Politiker das Heft in die Hand und die Europapläne wurden Realpolitik.<sup>600</sup> Der Eurokommunist Spinelli fand dennoch seine Lebensaufgabe in der Europapolitik. Konstant, zeitweise als Mitglieder Kommission, vor allem aber als Abgeordneter des Europaparlaments, gab er so unermüdlich Anstöße, dass die Flügel des Brüsseler Parlamentsgebäudes nach ihm benannt wurden. Seinen Verfassungsentwurf von 1984, den das Europäische Parlament angenommen hatte, wirkte als Impulsgeber für die Einheitliche Europäische Akte. Aber es war Jean Monnet, der die Aufgabe übernahm, mit dem Schuman-Plan den Appell Churchills in die Tat umzusetzen.

Churchill nahm in seiner Rede Bezug auf die gemeinsame christliche Geschichte des Abendlandes. Nachdem er Großbritannien als Teil des Commonwealth jenseits dieser Vereinigten Staaten von Europa verankert hatte und in Frankreich erstmals wieder Katholiken regierten, konnte mit Adenauer, Schuman<sup>601</sup> und de Gasperi tatsächlich kurzzeitig die Konstruktion eines christdemokratisch, katholisch geeinten Europas entstehen. Im Horizont des Abendlands gelang es dem christdemokratisch-katholischen Diskurs<sup>602</sup> leichter, diese Praxis des „in Vielfalt geeint“ zu beginnen. Die Schlachtfelder Flanderns des 20. Jahrhunderts waren zwischen Zülpich, Reims und Aachen in den Jahrhunderten zwischen 500 und 800 auch tatsächlich der fränkische Geburtsort des Abendlands gewesen. In diesem Bezug war die Argumentation für ein gemeinsames Projekt stärker als die trennenden nationalen Diskurse, die für das westfälische System bis dahin ausschlaggebend waren. Trotzdem wurde Europa kein katholisches und auch kein christliches Unternehmen. Das abendländische Argument erleichterte den Anfang, fand aber keinen zentralen Platz im europäischen Argumentationszusammenhang. Wie vorher die sozialistischen und föderalistischen Argumente diente der katholisch-christliche Argumentationszu-

---

600 Ibid. auf S. 231.

601 Bei Robert Schuman läuft das Seligsprechungsverfahren.

602 Martin Greschat und Wilfried Loth (Hrsg.), *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft* (Stuttgart: Kohlhammer, 1995); Wolfram Kaiser, "Institutionelle Ordnung und strategische Interessen: Die Christdemokraten und "Europa" nach 1945", in *Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, hrsg. von Wilfried Loth (Opladen: Leske+Budrich, 2001): 81-98.

sammenhang nur phasenweise als Impulsgeber für die europäische Praxis. Zu wenige Akteure innerhalb des Spiels verstanden ihre politische Praxis als christlich, als dass auf dieser Basis die Heterogenität hätte eingehegt werden können. Wenn auch die Betonung der christlichen Tradition kein zentraler Topos des Argumentationszusammenhangs ist, so bleibt dieses Element eine Argumentationsfigur an den Rändern, die Grundrechts- und Identitätsdebatten weiter mitprägte. In der Debatte um die Grundrechtecharta wurden die Vertreter des christlichen Diskurses noch unsanft von ihrer Minderheitenposition überrascht. Die heftige Debatte um den Platz Gottes im gescheiterten Verfassungsvertrag zeigte, dass die Herausforderung angenommen wurde. Durchsetzen konnten sich eine *Invocatio Dei* aber nicht, auch nicht in der Präambel des Lissabonner Vertrages. Aber es gelang die Bewahrung kirchenrechtlicher Besitzstände und die Etablierung eines institutionalisierten Dialogs mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Inwieweit christliche Anknüpfungspunkte von der europäischen Praxis genutzt werden, wird langfristig jedoch weniger vom europäischen Argumentationszusammenhang selbst abhängen als von der Kraft des christlichen Diskurses in den nationalen Öffentlichkeiten und dem Erfolg einer angestrebten Neuevangelisierung Europas,<sup>603</sup> der bisher ausblieb.

Trotz sozialistischer und christlicher Argumentationslinien finden die Topoi von der „Einheit in Vielfalt“ bzw. „in Vielfalt geeint“ und der „immer engeren Union“ ihre Fortsetzung vor allem in der liberalen Konzeption des Wohlstandsarguments, des Friedensarguments und in der Umsetzung durch das Argument des integrierten Regierens. Die Heterogenität wird aufgegriffen und mit der Aussicht auf Integration, Frieden und Wohlstand positiv gewendet. Für diese liberale Ausrichtung und den durch den Kalten Krieg geprägten historischen Rahmen des Anfangs steht Churchills Sprachspiel.

Entscheidend für das Verständnis der räumlichen Dynamik bleibt die Diskrepanz von europäischem Anspruch und kleineuropäischer Ausrichtung, die sich im europäischen Appell des Briten Churchills an Frankreich und Deutschland zeigte. Mit diesem Gegensatz von grundsätzlichem Anspruch und kurzfristiger Absicht wird dem realpolitischen Projekt der europäischen Integration ein weit reichender Auftrag mitgegeben, den es immer dann einlösen muss, wenn ein geographisch nicht sicher auszu-schließendes Land sich seiner europäischen Neigungen besinnt und an

---

603 Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa* (Stein am Rhein: Christiana, 2003).

die Tür des Europas der Integration klopft. Der Kalte Krieg bestimmte die Ausrichtung des europäischen Projekts. Das Ende des Kalten Kriegs war damit auch das Ende der kleineuropäischen Lösung. Nachdem die weltpolitischen Konfliktlinien das geographische Europa nicht mehr trennten und im jeweiligen Lager zusammenschweißten, musste die europäische Heterogenität entweder wieder zu Konflikten führen<sup>604</sup> oder aber sich uneingeschränkt zu den Topoi von „in Vielfalt geeint“ und zur „immer engeren Union“ bekennen.

## § 2: Das doppelte topische Sprachspiel von Kopenhagen

In Kopenhagen formulierte die europäische Praxis 1993 ihr Angebot an das postkommunistische Mittel- und Osteuropa, wie sie sich die Fortsetzung des Europaarguments nach dem Kalten Krieg vorstellen konnte und willigte dort nach mühsamen neun Jahren im Dezember 2002 mit dem Abschluss der Beitrittsverträge in den Handel ein, der mit den Beitritten 2004, 2007 und 2013 soweit realisiert wurde.<sup>605</sup> Damit wurden Vertiefung und Erweiterung nicht mehr als Gegensätze gesehen, sondern als die beiden Grundlinien der europäischen Praxis anerkannt. Die „immer engere Union“ traute sich auch mit einer noch größeren Vielfalt in der Einheit die Fortsetzung ihrer Praxis zu. Damit die Heterogenität trotzdem nicht zu groß wurde, legte die europäische Praxis weitreichende Beitrittskriterien fest, die ein europäisches Mindestmaß an wirtschaftlicher, demokratischer und rechtlicher Homogenität festlegen. Doch nicht nur den Beitrittskandidaten wurde der Zusammenhang von Vertiefung und Erweiterung so als Aufgabe gestellt. Die europäische Praxis erkannte an, sich selbst weiter vertiefen zu müssen, um erweiterungsfähig zu werden. Die Homogenität muss also auch auf dieser Seite zunehmen, um das mehr an Heterogenität verkraften zu können. Im topischen Sprachspiel der Kopenhagener Kriterien wurde diese Argumentation für die Umsetzung des Europaarguments formuliert:

---

604 Besonders bizarr John Mearsheimer, "Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War," *International Security* 15 (1990): 5-56. Siehe auch die Diskussion zu Deutschlands neuer Rolle nach der Einheit. Dazu eine kritische zeitnahe Diskussion in: Bruno Schoch (Hrsg.), *Deutschlands Einheit und Europas Zukunft* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992).

605 Zum Prozess der Erweiterung vgl. u.a. Barbara Lippert (Hrsg.), *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung* (Nomos, Baden-Baden 2004); Jose I. Torreblanca, *The Reuniting of Europe. Promises, negotiations and compromises* (Adlershot: Ashgate, 2001).

„Der Europäische Rat hat heute beschlossen, daß die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Ein Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.

Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muß der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, daß die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.

Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“<sup>606</sup>

Rechtsstaat und Demokratie müssen institutionell stabil verankert sein. Die Wirtschaft muss nach den Regeln der Marktwirtschaft funktionieren und sich dem Wettbewerb des Binnenmarkts stellen können. Die neuen Mitglieder müssen den *acquis* umsetzen und auch bereit sein, den weiteren Argumentationszusammenhang der europäischen Praxis anzunehmen. Die Selbstverpflichtung zur Reform der eigenen Institutionen wurde recht vorsichtig formuliert. Mit diesem Angebot vollzog die europäische Praxis die eindeutigen Vorgaben ihres Argumentationszusammenhangs, der durch die grundsätzliche Offenheit des Europaarguments immer neue Erweiterungsrunden initiiert. De Gaulle hatte den Beitritt Großbritanniens und damit auch Irlands und Dänemarks nur verzögern können. Als Griechenland, Spanien und Portugal ihre autoritären Regime abgeschüttelt hatten, war es nur eine Frage der Zeit und der Details gewesen, bis der Beitritt vollzogen

---

606 Europäischer Rat, "Schlußfolgerungen des Europäischen Rates 21.-22.6.93," *Europa-Archiv* 48,2, Nr. 13-14 (1993) D257-280, auf S. D263f.



wurde.<sup>607</sup> Die Deutsche Einheit vollzog dann die erste Erweiterung nach dem Ende des Kalten Kriegs.<sup>608</sup> Die neutralen Staaten Schweden, Finnland und Österreich folgten 1995.<sup>609</sup> Der zweite Rückzug Norwegens machte deutlich, dass zwar der europäische Argumentationszusammenhang allen Europäern offen steht, die jeweiligen nationalen Diskurse darauf aber auch abschlägig antworten können.<sup>610</sup>

Jenseits des Sonderfalls der DDR und der wohlhabenden neutralen Staaten der Erweiterungsrounden von 1995 stand mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die europäische Praxis vor dem Problem, ihre traditionelle Ausdehnung in kleinen Schritten nicht mehr fortsetzen zu können. Die Stärke der mittel- und osteuropäischen Staaten lag in ihrer Eigenschaft als „vergessene Hälfte Europas“,<sup>611</sup> eben die eine Hälfte des Europaarguments zu repräsentieren und den Westen in seinem eigenen Argumentationszusammenhang als Torso<sup>612</sup> erscheinen zu lassen. Die europäische Praxis konnte sich der Aufgabe nicht verweigern, die Transition im postkommunistischen Mittel- und Osteuropa durch die Ausdehnung ihrer Erzählung zu unterstützen. Bereits 1989 nahm die europäische Praxis diese Herausforderung in der Erklärung des Gipfels von Straßburg grundsätzlich an und verkündete ihren Willen und ihren Anspruch, das neue Europa nach ihrem Bilde zu formen. Dieser erste Schritt, ein zentrales, aber an den Rand gedrängtes Argument, wieder in die Mitte des Argumentationszusammenhangs zu holen, geriet schnell in die Widrigkeiten der alltäglichen europäischen Praxis. Doch den Erfolg des nur zu legitimen Appells der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas an das Europaargument und an das funktionale Sprachspiel der Stabilität konnten diese Schwierigkeiten nur hinauszögern, nicht aber aufhalten.

---

607 George Wilkes, *Britain's failure to enter the European community, 1961-63: the enlargement negotiations and crises in European, Atlantic, and Commonwealth relations* (London: Frank Cass, 1997). José M. Magone, *The politics of southern Europe. Integration into the European Union* (Westport: Praeger, 2003).

608 Beate Kohler-Koch, *Die Osterweiterung der EG. Die Einbeziehung der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft* (Baden-Baden: Nomos, 1991).

609 John Redmond, *The 1995 enlargement of the European Union* (Aldershot: Ashgate, 1997).

610 Iver B. Neumann, "This little piggy stayed at home: why Norway is not a member of the EU," in *European Integration and National Identity*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver (London: Routledge, 2002): 88-129.

611 Johann Georg Reißmüller, *Die vergessene Hälfte* (München: Langen Müller, 1986).

612 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 7-15, auf S. 8.

Die europäische Praxis stand mitten in den Vertiefungsbemühungen zur Vollendung des Binnenmarkts für 1992 als das Ende des Kalten Kriegs kam. Die Währungsunion setzte diesen Vertiefungsprozess in Maastricht fort. Das Europaargument, dass seine Dynamik gerade mit Währungsunion und einer diskutierten Politischen Union in Richtung einer „immer engeren Union“ entwickeln wollte, sah sich plötzlich der Argumentation des Topos „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ ausgesetzt. Die Praxis der europäischen Argumentation lief nun im Sinne Wittgensteins erst einmal leer. Der europäische Argumentationszusammenhang wurde zum Labyrinth, das keinen Ausweg zu bieten schien, der die Verbindung von Erweiterung und Vertiefung erlauben würde.<sup>613</sup> Entweder konnte man jetzt die Vertiefung weiter betreiben oder aber die Erweiterung in Angriff nehmen. Einem zentralen europäischen Topos musste man jetzt, so schien es, entsagen. Die Spannungen in der europäischen Symphonie von Vertiefung und Erweiterung schienen einfach zu groß. Das Argument der Vertiefung war nach Maastricht und den schwierigen Volksabstimmungen in der Defensive. Dennoch lasteten die Vertiefungsschritte durch die Umsetzung der Währungsunion die Praxis des Aushandelns weitgehend aus. Das Europaargument hatte die Gunst der historischen Stunden eindeutig auf seiner Seite, doch vor allem aus der Ecke des besitzstandwahrenden Wohlstandsarguments geriet es unter zusätzlichen Druck. Frank Schimmelfennig beschrieb in seinen Pionierstudien wie sich im europäischen Argumentationszusammenhang ein besitzstandwahrendes Wohlstandsargument gegenüber dem auf Dynamik drängenden Europaargument hoffnungslos unterlegen war.<sup>614</sup> Der europäische Argumentationszusammenhang erkannte dem Wohlstandsargument keine Argumentation auf gleicher Augenhöhe

---

613 Hans Arnold, "Die Europäische Gemeinschaft zwischen Vertiefung und Erweiterung," *Europa-Archiv* 46 (1991): 318-326; Peter Glotz, "Europa am Scheideweg," *Europa-Archiv* 47 (1992): 503-514; Klaus Hänsch, "Vertiefung der Gemeinschaft und gesamteuropäische Identität," *Europa-Archiv* 48,1 (1993): 389-395; Josef Janning, "Am Ende der Regierbarkeit? Gefährliche Folgen der Erweiterung der Europäischen Union," *Europa-Archiv* 48 (1993): 645-652. Vgl. auch Diskussionsband der Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit: Otto Schmuck und Olaf Hillenbrand (Hrsg.), *Die Zukunft der Europäischen Union. Osterweiterung und Fortsetzung des Einigungsweges als doppelte Herausforderung* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2000).

614 Frank Schimmelfennig, "The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Enlargement of the EU," *International Organization* 55 (2001): 47-80; Frank Schimmelfennig, "Liberal Community and Enlargement: An Event-History Analysis," *Journal of European Public Policy* 9 (2002): 598-626; Frank Schimmelfennig, "Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen," in *Europäische Inte-*

mit dem Europaargument zu. Die Formel von Europa, das integriert (regiert) werden muss, damit sich Frieden und Wohlstand einstellen, konnte nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden, auch wenn die Anfangsinvestitionen hoch waren. Gegen das Europaargument gab es keine Möglichkeit, die Erweiterung grundsätzlich infrage zu stellen. Der Konflikt mit der Vertiefung musste über das „sowohl als auch“ gelöst werden und das *bar-gaining* um Geld blieb auf die Argumentation *nach* der grundsätzlichen Zustimmung beschränkt. Das auf Erweiterung drängende Potential des Europaarguments ist so stark im Argumentationszusammenhang verankert, dass es sehr schwierig blieb, einem Land den Beitritt zu verweigern, das legitime Argumente für seinen Anspruch vorbringen kann, zu Europa zu gehören. Im Fall der mittel- und osteuropäischen Staaten war dieser Anspruch überwältigend. Die Rhetorik des Kalten Kriegs, angefangen beim Eisernen Vorhang, über die Begriffe der Spaltung und der Teilung bis zur vergessenen Hälfte Europas, suggerierte immer, dass es zu einer Aufhebung dieses unnatürlichen Zustands in der Mitte Europas kommen müsse. Mit dem Ende des Kalten Kriegs stand nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents an. Sich grundsätzlich gegen diesen Anspruch des europäischen Argumentationszusammenhangs zu stellen, wurde damit zu einer schwer zu haltenden Argumentation.

Im topischen Sprachspiel von Kopenhagen zeigt sich, dass Vertiefung und Erweiterung nicht als gegensätzlich konzipiert werden müssen, sondern dass sie sich auch als komplementär konstruieren lassen. Wenn Erweitern und Vertiefen zusammengehörten, dann mussten nicht nur die Kandidaten ihre Beitrittsreife unter Beweis stellen, dann musste auch die EU durch Vertiefung erweiterungsfähig werden, um so Kopenhagen 1993 in Kopenhagen 2002 einzulösen.

Mit dieser Formel des Zusammenhangs von Vertiefung und Erweiterung war der grundsätzliche Konflikt gelöst. Die aufschiebenden Absichten der frühen 1990er Jahre und die Frage des Tempos auf der Wegstrecke bis zum gesetzten Datum 2002, dessen Ziellinie mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon 2009 erst nach den Beitrittsrunden von 2004 und 2007 erreicht wurde, und blieben aber erhalten. Die mittel- und osteuropäischen Reformländer wollten ihre Ziele der Demokratisierung, der Transformation

---

gration. 2. Auflage, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 2003): 541-568.

der Wirtschaft und der Rückkehr nach Europa von Anfang an möglichst schnell durch einen Beitritt absichern. Auf der Seite der EU waren die aufschiebenden Kräfte zwar stark, aber in der grundsätzlich schwächeren Position. Dem Vorwurf der Transformationsländer, aber auch der USA, die Umsetzung der Zusage an den Osten Europas gehe zu langsam voran, konnte die europäische Praxis nichts entgegenhalten. Zu sehr konnte der Vorwurf Legitimität innerhalb des europäischen Argumentationszusammenhangs für sich einfordern. Zu sehr traf der Vorwurf, dass Europa mit der bereits verhandelten Erweiterung von 1995 nur reiche EFTA-Staaten als Nettozahler willkommen hieß und dabei war, Armut zum zentralen Ausschlusskriterium der europäischen Praxis zu erklären. Die europäische Praxis musste sich auf diese Argumentation einlassen und die Erweiterung vor allem als Chance begreifen. Ihr Risikopotential zeigte sich vor allem in der schleppend verlaufenden Reformarbeit zur eigenen Aufnahmefähigkeit. Akteure wie Frankreich und Spanien, denen das Risiko aus ihren nationalen Argumentationszusammenhängen heraus deutlicher erschien als die Chancen, verlegten sich auf diese Strategie, nachdem eine grundsätzlich ablehnende Argumentation nicht möglich war.<sup>615</sup>

Ein zentraler Motor der gleichzeitigen Umsetzung von Vertiefung und Erweiterung war die Kommission. Sie entwickelte ein funktionales Sprachspiel der Erweiterungsvorbereitung, das in seiner Regelungsdichte noch bei keiner Erweiterung vorher so bestanden hatte. Auch wenn in den 1990er Jahren meist der Primat der Vertiefung galt, entwickelte die Kommission mit der Heranführungsstrategie und den Partnerschaftsabkommen und dann vor allem mit den direkten Erweiterungsverhandlungen die entscheidende Dynamik innerhalb der europäischen Praxis. Hier entstand das funktionale Sprachspiel der Beitrittsvorbereitung. Nachdem die Mitgliedsländer von der Kommission unterstützt aus dem Leerlauf von Vertiefung gegen Erweiterung in die Argumentation von Vertiefung *und* Erweiterung gefunden hatten, war es die Kommission, die die Erweiterungsverhandlungen vorantrieb und die Ergebnisse dieses temporären funktionalen Sprach-

---

615 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 7-15, auf S. 8; Frank Schimmelfennig, "Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen," in *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 2003): 541-568, auf S. 558-560.

spiels seit 1998 in jährlichen Fortschrittsberichten festhielt und damit das Tempo vorgab.<sup>616</sup>

Auch wenn die Beitrittsländer den Zugang zur europäischen Praxis über deren Argumentationszusammenhang erstreiten konnten, trugen die Last der „doppelten Reifeprüfung“<sup>617</sup> doch vor allem die Transformationsländer. Aber auch die EU tat sich, wie im Kapitel zum Argument des integrierten Regierens gesehen, mit der institutionellen Anpassung des Arguments des integrierten Regierens sehr schwer. In der Erklärung von Kopenhagen begründete die europäische Praxis, warum sie die Herausforderung der Erweiterung dennoch annahm: „Frieden und Sicherheit in Europa hängen vom Erfolg dieser Anstrengungen ab.“<sup>618</sup> Daran hat sich seither nichts geändert.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die Bedeutung dieses Topos wieder zu Bewusstsein gebracht. Die Ukraine, Moldau und Georgien stellten im Sommer 2022 Beitrittsanträge und die Ukraine und Moldau erhielten umgehend den Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt. Georgien wurde zumindest bescheinigt, dass es weitere Fortschritte auf dem Weg machen könne. Im stagnierenden Erweiterungsprozess auf dem Westbalkan wurde die zuletzt von Bulgarien gegenüber Nordmazedonien betriebene Obstruktionspolitik zumindest ein Stückweit überwunden und im Sommer 2022 mit einer Beitrittskonferenz der Startschuss für Beitrittsverhandlungen für Nordmazedonien und Albanien gegeben. Die Grunddynamik des europäischen Argumentationszusammenhang Richtung Erweiterungsprozess war intakt geblieben.

### § 3: Topische Sprachspiel der Geopolitik: von de Gaulles bis von der Leyen

Als Ursula von der Leyen 2019 ihr neues Amt als Präsidentin der Europäischen Kommission antrat, sprach sie mehrmals und programmatisch davon, dass ihre Kommission eine geopolitische Kommission sein werde. Das europäische Integrationsprojekt sei von amerikanischen Analytikern als *soft power* eingeschätzt worden, müssen nun aber die Sprach der Macht

---

616 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 7-15, auf S. 9-10.

617 Barbara Lippert (Hrsg.), *Osterweiterung der Europäischen Union - die doppelte Reifeprüfung* (Bonn: Europa Union, 2000).

618 Europäischer Rat, "Schlußfolgerungen des Europäischen Rates 21.-22.6.93," *Europa-Archiv* 48,2, Nr. 13-14 (1993): D257-280, auf S. D263.

lernen. In der Tat gab es einen breiten, auch von den USA aus, gepflegten Diskurs, der Europa mit Soft Power und Venus, die USA hingegen mit Hard Power und Mars gleichsetzte und gegeneinander abgrenzte.<sup>619</sup> Aus europäischer Perspektive wurde diese Dichotomie aber nicht abgelehnt, sondern eher gepflegt. Galt doch Europa als postmoderne Alternative zu einer Welt der Machtpolitik, die gerade durch den Verzicht auf Machtpolitik zur normativen Macht geworden sei, deren Vorbildwirkung andere Staaten dazu veranlasst, sich dem europäischen Integrationsprojekt anzuschließen oder sich ihm zumindest anzunähern, jedenfalls es nachzuahmen.<sup>620</sup> Im Gegensatz zum Ansatz der sanften Macht,<sup>621</sup> der außenpolitische Aktivität einbezieht, geht die Definition einer normativen Macht davon aus, dass die Wirkung eher durch die Strahlkraft der eigenen Attraktivität ohne weiteres außenpolitisches Zutun wirkt. Gerade letzteres wäre der notorisch handlungsschwachen europäischen Außenpolitik sehr zu passe gekommen. Vorsichtiger Stimmen wiesen zumindest daraufhin, dass die europäische Postmoderne eine Insel im machtpolitischen Meer wäre und dementsprechende Vorkehrungen nach außen treffen müsse.<sup>622</sup> Die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin (2013-2019) sprach als Kommissionspräsidentin mit der abgrenzenden Nebenbemerkung zur Einschätzung aus Amerika auch in einem Kontext der Präsidentschaft von Donald Trump (2017-2021), dessen robustes Einfordern eines höheren europäischen Wehrbeitrags Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits 2017 zu der Aussage veranlasst hatte, dass die „Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, [...] ein Stück vorbei [sind]“.<sup>623</sup>

Die Sorge, dass auf die USA nicht in jedem Fall Verlass sei, trieb die Europäer aber nicht nur seit Donald Trump um, sondern war eine beständige Frage des Ost-West-Konflikts. Konrad Adenauer sprach in seiner letzten großen Europarede vor seinem Tod in Madrid 1967 sogar von der Gefahr

---

619 Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung* (Berlin: Siedler, 2003).

620 Ian Manners, "Normative power Europe. A Contradiction in terms?." *Journal of Common Market Studies* 2 (2002): 235-258.

621 Joseph S. Nye, *Soft Power. The Means to Success in World Politics* (New York: PublicAffairs, 2005).

622 Robert Cooper, *Breaking of Nations. Order and Chaos in the 21st Century* (London: Atlantic Books, 2004).

623 Adam Soboczynski, „Angela Merkel: Europas verlorenes Paradies“. *Die Zeit*, 1. Juni 2017. <https://www.zeit.de/2017/23/angela-merkel-rhetorik-deutschland-usa> (Letzter Zugriff: 24.05.2023).

des Atomwaffensperrvertrags, der die Europäer dem Kondominium der beiden Supermächte USA und UdSSR ausliefern würde:

„Zwischen den beiden Weltmächten, den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, finden nun Verhandlungen statt mit dem Ziele, die Produktion und den Besitz solcher Waffen zum ausschließlichen Privileg Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten zu machen. Darin liegt die größte Gefahr für die übrigen Völker in der ganzen Welt, insbesondere aber für das produktiv so außerordentlich wertvolle Europa, die Gefahr, politisch und wirtschaftlich machtlos und einflusslos zu werden. Wegen seiner für die Welt unentbehrlichen Produktionskraft stehen die europäischen Länder, steht Europa in Gefahr, die Beute von Gegensätzen zwischen den Weltmächten oder infolge seiner geographischen Lage und seiner dichten Besiedlung im Kampfe zerstört zu werden. Die Gefahr für Europa ist viel größer, als die meisten Menschen sich vorstellen. Die Entwicklung seit dem letzten Kriege, insbesondere die Entwicklung der atomaren Waffen, und in ihrem Gefolge die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten können für die europäischen Völker das Ende ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses bedeuten. Sie zwingen daher Europa zu einer politischen Einigung. Die Supermächte können über den Widerspruch eines einzelnen europäischen Landes hinweggehen. Die Stimme eines geeinten Europa muss von ihnen auch im eigenen Interesse beachtet werden.“<sup>624</sup>

Seine Sorge rührte nicht nur aus der Gefahr eines Atomkriegs. Adenauer ging es darum, den kontrollierenden Zugriff auf die von ihm als Zukunftstechnologie verstandene Atomkraft durch die Sowjetunion zu verhindern. In Madrid sprach der deutsche Bundeskanzler von allen europäischen Ländern, betont von der Zugehörigkeit Spaniens, aber auch von der der mitteleuropäischen Länder, um eine kritische Größe für Europa zu erhalten. Die Sowjetunion schloss er wegen ihrer sibirischen Dimension aus. Seine eigentliche Sorge galt dem unkalkulierbaren Aufstieg Chinas, der auch Moskau bedrohte. Adenauer stellte sich mit seiner Rede ganz explizit in die Traditionslinie Churchills und des deutsch-französischen Zusammenschlusses. Diesen wollte er aber nicht im Sinne des topischen Sprachspiels antagonistischer Repräsentation verstanden wissen, sondern im Sinne von de Gaulle als geopolitische dritte Kraft, die ihre Souveränität über Europa

---

624 Konrad Adenauer, *Rede im Ateneo in Madrid*, 16. Februar 1967, <https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-februar-1967/madrid> (Letzter Zugriff: 24.05.2023).

und ihre Machtprojektion in die Welt verteidigen kann. Anders als Adenauer war de Gaulle im Februar 1967 noch im Amt. Adenauer bezog sich direkt auf den Präsidenten und trauerte dessen vorerst gescheitertem Fouchet-Plan einer Politischen Union hinterher.

Adenauers Rede in Madrid 1967 und von der Leyens Rede von der geopolitischen Kommission seit 2019 folgen dem Grundmuster, das de Gaulle aus einer spezifischen französischen Perspektive gelegt hatte. Der Konflikt mit Hallstein und die Politik des Leeren Stuhls, auf die im Kapitel über das Argument des integrierten Regierens schon eingegangen wurde, brachte de Gaulle den Ruf eines Anti-Europäers ein. Dieser Vorwurf greift zu kurz.<sup>625</sup> De Gaulle war nicht gegen Europa, er war gegen die konkrete Formulierung dieses Arguments in der Praxis von Brüssel, das auf einer ökonomischen und sicherheitspolitischen Integration in den amerikanisch geführten Westen beruhte. De Gaulle wollte nicht dieses Europa, aber er wollte ein anderes. Das Europaargument de Gaulles hatte die geopolitische Dimension europäischer Unabhängigkeit. Sein Nachfolger im Amt des französischen Präsidenten seit 2017, Emmanuel Macron, sprach unentwegt von der europäischen Souveränität. De Gaulle verhinderte im Sinne dieser Abgrenzung gegenüber einer angelsächsischen Vereinnahmung den Beitritt Großbritanniens, das er für ein trojanisches Pferd Englands hielt.

De Gaulles Sprachspiel bestand aus zwei Komponenten: Der Vorstellung einer französischen Führungsrolle und dem Bild eines kontinentalen Europas, das einerseits das Europaargument nach Osten weitet, auf der anderen Seite aber nach Westen abschließt. In der Rede von „Europa vom Atlantik bis zum Ural“<sup>626</sup> etablierte sich ein Topos, der das zentrale Versprechen des Europaarguments offenhielt, aber auch versucht, den Atlantik als entscheidende Grenze zu etablieren. De Gaulle unternahm damit den Versuch, die alte Vorstellung der vierziger Jahre von einem Europa der Dritten Kraft innerhalb der Gegebenheiten des Kalten Kriegs und des westlichen Bündnisses in den sechziger Jahren wiederzubeleben. Mit dem Fouchet-Plan

---

625 Wilfried Loth, "De Gaulle und die europäische Einigung," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991) 45-60.

626 Ernst Weisenfeld, "Europa vom Atlantik zum Ural. Eine magische Formel - Eine Vision - Eine Politik," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 71-94.



sollte diese Argumentation dominant werden – und scheiterte entgegen Adenauers Hoffnung endgültig.<sup>627</sup>

Die Komponenten von de Gaulles Sprachspiel lassen sich bereits 1944 zeigen:

„Europa? Aber gewiß muß man es machen. Mit Belgien, den Niederlanden und Italien für den Anfang. Spanien wird folgen, sobald sie sich von Franco befreit haben werden. Deutschland? Es wird nicht mehr ‚ein‘ Deutschland geben, sondern mehrere; und wenn es erst einmal geteilt ist und die Ruhr den Siegern zur Verfügung steht, wird man sehen, was man damit macht. England? Nein, ich sehe nicht, daß es sich an einem europäischen Unternehmen beteiligen wird. In jedem Fall braucht jede Föderation einen Föderator. Das wird Frankreich sein; und das Ensemble, das in dieser Weise geschaffen wird, wird es uns erlauben, unsere Unabhängigkeit zu behaupten und dem amerikanisch-russischen Kondominium zu entkommen.“<sup>628</sup>

De Gaulle bekannte sich 1944, wie mit dem Fouchet-Plan zum Europaargument. Man müsse in der westlichen Mitte anfangen und dann werde man sehen. Deutschland würde dieses Europa nicht dominieren, denn es ginge höchstens als Teilstaat in dieses Europa ein. England bliebe außen vor, was damals noch zum britischen Selbstverständnis passte. Churchill konstruierte bei seiner Rede in Zürich Europa auch kontinental, im Gegensatz zur britischen Insel und ihres maritimen Empire. England war noch im Besitz seiner Kolonien und verstand sich als außereuropäische Weltmacht. Erst zwanzig Jahre später zeigte sich, dass de Gaulle auch nach dem Ende der imperialen Größe Englands seine kontinentale Argumentation aufrechterhalten wollte.<sup>629</sup> De Gaulle richtete sich dabei nicht grundsätzlich gegen

---

627 Für eine übergreifende Darstellung zu den Fouchet-Plänen und de Gaulles Europa-politik vgl. Hans-Dieter Lucas, *Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969)* (Bonn: Bouvier, 1992).

628 Wilfried Loth, "De Gaulle und die europäische Einigung," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 45-60, auf S. 46.

629 Zum ersten Beitritts-gesuch vgl. Beiträge in: Anne Deighton und Alan S. Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957-1963*, Bd. 7, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (Baden-Baden: Nomos, 1999). Zum zweiten vgl. Beiträge in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963-69*, Bd. 8 (Baden-Baden: Nomos, 2001); Frances Nicholson

England, seine Absicht bestand nur darin, es vor die Wahl zu stellen, sich entweder für ein kontinentales Europa zu entscheiden und sich von den USA zu lösen oder sich jenseits von Europa an Amerika zu binden.<sup>630</sup>

Das Europaargument von de Gaulle war damit eindeutig gegen die Einbindung des Integrationsprozesses in den amerikanischen Argumentationszusammenhang gerichtet. De Gaulles berechtigte Sorge lag in der Angst, Frankreich zwischen den beiden Mühlsteinen USA und Sowjetunion zerrieben zu sehen. Von diesem französischen Argumentationszusammenhang aus ließ sich de Gaulle auf die Praxis des europäischen Aushandelns ein. Seine Argumentation musste sich innerhalb des Europaarguments vor allem gegen die USA wenden. De Gaulle war zweifellos ein Anti-Kommunist und stand fest im westlichen Lager, die Abgrenzung gegen die Sowjetunion war auf diese Weise gewährleistet. Das Problem lag für de Gaulle darin, im westlichen Lager nicht unterzugehen und Teil der amerikanischen Mänövriermasse zu werden.<sup>631</sup>

De Gaulles Sprachspiel nahm jedoch nicht nur das Argument der Dritten Kraft wieder auf, sondern versuchte mit seiner Vorstellung einer französischen Großmachtpolitik auf der Basis der europäischen Staaten die Konzeption von Heterogenität und Integration auf eine andere Basis zu stellen, als dies mit den Topoi von „Einheit in Vielfalt“ und einer „immer engeren Union“ etabliert worden war. De Gaulle sah zwar ein heterogenes „Europa der Vaterländer“ vor, es sollte aber seine Einheit in der zentralen Frage der Verteidigung unter dem hegemonialen Anspruch Frankreichs wesentlich homogener gestalten, als das im etablierten Argumentationszusammenhang der Fall war. Diese alte Vorstellung, die sich eher an alten französischen Europatraditionen<sup>632</sup> als an der Vorstellung von der „Einheit in Vielfalt“ orientierte, war für die europäische Praxis wenig attraktiv. Einen europäischen Hegemonen wollte die europäische Praxis gerade ver-

---

und Roger East (Hrsg.), *From the Six to the Twelve. The Enlargement Process of the European Communities* (Harlow: Longman, 1987).

630 Wilfried Loth, "De Gaulle und die europäische Einigung," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 45-60, auf S. 55.

631 Zum französisch-amerikanischen Verhältnis vgl. Charles Cogan, *Oldest Allies, Guarded Friends: The United States and France since 1940* (London: Praeger, 1994); Frank Costigliola, *France and the United States: The Cold Alliance Since World War II* (New York: Twayne, 1992).

632 Vgl. Sullys Großen Plan bei Rolf Foerster, *Geschichte einer politischen Idee* (München: Nymphenburger, 1967) auf S. 131-143.

hindern. De Gaulle konnte von seinem Argumentationszusammenhang der militärischen Größe her<sup>633</sup> nicht verstehen, dass Europa eher gewillt war, sich dem amerikanischen Hegemonen zu unterstellen, als eine europäische Großmacht mit Hilfe eines französischen, also innereuropäischen Hegemonen zu schaffen. Bei den Fouchet-Verhandlungen zeigte sich, wie die Benelux-Staaten, die hegemoniale Konzeptionen am meisten zu fürchten hatten, ultimativ darauf drangen, entweder auf dem supranationalen Pfad weiterzugehen oder wenigstens England zum Austarieren der französischen Macht oder bestenfalls des dann deutsch-französischen Direktoriums zuzulassen.<sup>634</sup>

Hier wird deutlich, dass die Etablierung eines Arguments, das die europäische Heterogenität durch einen innereuropäischen Hegemonen ausgleichen will, fehlschlägt. Sie steht dem Europaargument des „in Vielfalt geeint“ und der langsamen, vorsichtigen und begrenzten Homogenisierung der „immer engeren Union“ entgegen. Homogenisierung, auch wenn sie nur so begrenzt gemeint ist, wie es der Topos „Europa der Vaterländer“ suggeriert, kann innerhalb der europäischen Praxis nicht hegemonial unternommen werden. Eine hegemoniale Argumentation führt, wie der Ruf der kleinen Staaten nach England zeigte, nur zurück zum alten Konzept des Gleichgewichts der Kräfte, das in der europäischen Praxis immer dann virulent wird, wenn die Praxis leerläuft und sich nicht in den Topoi einer „immer engeren Union“ und des „in Vielfalt geeint“ wiederfindet. Die Argumentation de Gaulles von den Staaten als den ultimativen Trägern von Macht geht innerhalb der europäischen Argumentation fehl. Gerade weil die Staaten immer auch Machtstaaten sein können, hat sich Europa auf den Weg der Integration eingelassen und kein konföderales „Europa der Vaterländer“ geschaffen.

Adenauer war dieser Unterschied in seiner Madrider Reder gleichgültig, aber durchaus in Sinne der Monnet-Methode: „Ob nun eine Föderation oder Konföderation entsteht, oder welche Rechtsform es immer sein mag: Handeln, Anfangen ist die Hauptsache.“<sup>635</sup> Doch ein Bund der Staaten müsste immer darauf achten, welcher Staat dominieren möchte, um sich dann diesem zu unterwerfen oder sich ihm entgegenzustellen. Der sich

633 Vgl. u.a. Charles de Gaulle, *Memoiren. Der Ruf 1940/1942* (Berlin: Fischer, 1955).

634 Wilfried Loth, „De Gaulle und die europäische Einigung,“ in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 45-60, auf S. 51f, 57.

635 Konrad Adenauer, *Rede im Ateneo in Madrid*, 16. Februar 1967, <https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-februa.r-1967/madrid> (Letzter Zugriff: 24.05.2023).

gern als wenig preußischer Rheinländer inszenierende Adenauer dachte hier in den Dimensionen des Bismarckreichs, in dessen Wilhelminischer Epoche er immerhin sozialisiert worden war und anfang, Politik zu betreiben.

Doch die Rolle Preußens wird im europäischen Spiel nicht besetzt. Es bedarf keines Förderators, weil keine Föderation im alten Sinne angestrebt wird. Es soll eben weder ein Staat entstehen, noch das alte staatliche Spiel des Gleichgewichts der Kräfte weitergespielt werden. De Gaulle argumentierte damit gleichzeitig aber an den falschen Stellen für zu viel Heterogenität bzw. zu viel Homogenität. De Gaulle wollte eine wesentlich breitere Heterogenität auf der Basis der Staaten für die Zukunft festschreiben, legte aber eine sofortige weitreichende Homogenisierung unter der Führung Frankreichs vor. Adenauer waren diese feinen Unterschiede im Angesicht der Bedrohung von Osten und einer Vernachlässigung von Westen aus gleichgültig. Es ging ihm wie de Gaulle um die geopolitische Dimension.

Doch wenn es einen Förderator für Europa gab, dann war es das beargwöhnte Amerika, das außerhalb der direkten europäischen Praxis stand und eine indirekte, dafür umso wirkungsvollere Homogenisierung betrieb. Im Kalten Krieg war amerikanischer Schutz, selbst wenn mit dem schwindenden technologischen Vorsprung der USA die Sicherheitsgarantien mit einer möglichen Verwundbarkeit Amerikas an Festigkeit eingebüßt hatte, immer noch vertrauenserweckender als der französische. Nach dem Ende des Kalten Kriegs ließ sich zwar mit dem Topos „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ das gemeinsame Haus vorantreiben, Amerika blieb aber weiter der zentrale Partner, auch wenn dies von den gaullistischen Nachfolgern des Generals immer wieder in Frage gestellt wird.

Im Vorfeld des US-geführten Irakkriegs 2003 wurde mit dem Widerstand der Achse Paris-Berlin-Moskau dagegen die gaullistische Position noch einmal stark. Vierzig Jahre zuvor, war das Scheitern des Fouchet-Plans 1963 noch in den Elysée-Vertrag gemündet. De Gaulles anti-amerikanische Argumentationslinie sollte sich zumindest in einem Zweierbund manifestieren. Adenauer wäre dazu bereit gewesen. Doch die Atlantiker seiner Fraktion zwangen ihm bei der Ratifizierung im Bundestag eine Präambel für den Freundschaftsvertrag mit Frankreich auf, die jede anti-amerikanische Positionierung ausschloss und damit dem Vertrag die zentrale Argumentationslinie de Gaulles nahm. In de Gaulles Sicht war damit die Rose

verwelkt, ehe sie geblüht hatte.<sup>636</sup> Pünktlich zu den 40-Jahr-Feierlichkeiten des Elysée-Vertrags im Januar 2003 übergang die deutsche Seite diese Präambel und ließ sich aus ihrer skeptischen Haltung gegenüber dem amerikanischen Konzept des Präventivkriegs heraus für eine gaullistische Position gewinnen. Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Außenminister Joschka Fischer ging es darum, die Weltordnung nicht unipolar von Washington aus gestalten zu lassen.

Die gaullistische Rose erlebte einen zweiten Frühling, wurde dann aber von ihrem eigenen Topos des „Europas vom Atlantik bis zum Ural“ eingeholt. Denn die Mittel- und Osteuropäer mit der Beitrittsperspektive 2004 setzten in geopolitischer Hinsicht nicht allein auf Europa, sondern auf die USA als Gegengewicht zu Russland. Sie blieben deswegen gemeinsam mit Großbritannien und den meisten anderen EU-Mitglieder auch bei der Frage des Irakkriegs an der Seite der USA. Die Reaktion auf die alte gaullistische Zumutung einer Wahl zwischen Amerika und einem kontinentalen Europa war eindeutig. Europa will zwar das ganze Europa vom Atlantik bis zum Ural sein. Doch es möchte als Schild gegen den inneren französisch-(deutschen) Hegemon wie gegen die imperiale Bedrohung aus Moskau fester Bestandteil des westlichen Argumentationszusammenhangs unter US-Führung bleiben. De Gaulles Argumentation wird damit vom ganzen Kontinent zurückgewiesen. Der Topos des „Europas vom Atlantik bis zum Ural“ hielt das Europaargument nach Osten offen, konnte es aber nach Westen nicht abschließen.

Die schulbuchgemäße Dimension der Geographie Europas bis zum Ural schloss bei de Gaulles die Sowjetunion ein, durchaus auch im Sinne einer Machtbalance gegenüber Deutschland. Bei Adenauers Rede im Madrid war im Gegensatz dazu Sowjetrußland ausgeschlossen. Im Zuge des Widerstands gegen den Irakkrieg 2003 schloss sich die Bundesregierung unter Gerhard Schröder uneingeschränkt der Integration Moskaus in ein geopolitisches Europa an, explizit um den Machtanspruch der USA auszubalancieren. Die Wirkung der Achse blieb bei einer Geste, wie sie Joschka Fischer mit seinem „I am not convinced“ gegenüber dem US-Verteidigungsminister Rumsfeld zum Ausdruck brachte.<sup>637</sup> Der Flughafen Ramstein stand als

---

636 Wilfried Loth, "Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation," in *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*, hrsg. von Wilfried Loth et al. (Bonn: Europa Union, 1995): 171-188, auf S. 176.

637 Joschka Fischer, „I am not convinced“. *Der Irakkrieg und die rot-grünen Jahre* (Köln: KiWi, 2012).

Drehkreuz der USA für Europa und den Nahen Osten uneingeschränkt zur Verfügung. Doch Bundeskanzler Schröder war es mit seiner russischen Option ernst. Aus dem Amt geschieden setzte er seine Lobbytätigkeit dafür fort. Die Gaspipelines, die unter seiner Nachfolgerin Merkel durch die Ostsee gebaut wurde und die Energieversorgung der deutschen Industrie auf ein neues strategisches Niveau heben sollten, begleitete und verteidigte er auch noch als Russland die Ukraine 2022 zum zweiten Mal überfiel. Seine publizistische Tätigkeit, bei der er für einen Abschied vom Westen und das Bündnis mit Russland warb, unterstrich seine Vorstellung von einer eurasischen Geopolitik, gegen die USA.<sup>638</sup>

Wenn die Grundthese des Europaarguments stimmt, dass alle, die sich um Europa streiten auch zu Europa gehören, dann ist die Bereitschaft zur Verständigung mit Russland nicht abwegig. Es kommt allerdings ganz entscheidend darauf an, zu welchen Konditionen darüber zu sprechen wäre. Die radikalisierte Variante des gaullistischen Sprachspiels wurde schon im Irakkrieg von den mittel- und osteuropäischen Staaten abgelehnt. Der Überfall auf die Ukraine hat das Vertrauen in Russland so diskreditiert, dass ein Regimewechsel nach einem verlorenen Krieg allein kaum ausreichen wird, um Vertrauen wieder herzustellen. An der Ukraine und Mitteleuropa vorbei wird eine Ausdehnung geopolitischer Optionen nach Osten nicht stattfinden können.

Ohnehin endete zumindest de Gaulles geopolitisches Sprachspiel von Europa am Ural. Vielleicht wird es nach dem Krieg mit der Ukraine mehrere Russlands geben, die sich leichter integrieren lassen. Vielleicht entsteht in einem postkolonialen Raum auch die Vereinigten Staaten von Sibirien, mit denen dann Europa ökonomisch kooperieren könnte. Wenn die Bedingungen stimmen, wird niemand in Europa auf den Import sibirischer Rohstoffe zugunsten Chinas und Indiens verzichten wollen. Aber das sind sehr weitgehende Spekulationen.

Die geopolitische Dimension der Kommission von der Leyens reduzierte sich im Angesicht der russischen Aggression seit Februar 2022 sehr schnell darauf, in den westlichen Windschatten der USA zurückzukehren. Die Gegenströmungen verbebbten nicht ganz. In Deutschland wurde der eurasische Diskurs mit der Person Gerhard Schröders marginalisiert. Die illustre Unterstützerschar eines Ausgleichs mit Russland um jeden Preis, die sich bereits 2014 zu Wort gemeldet hatte, verstummte aber nicht. Frank-

---

638 Gregor Schöllgen und Gerhard Schröder, *Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen* (München: DVA, 2021).

reichs Präsident Macron, der unter dem Eindruck von Trumps rigider Aufforderung, einen signifikant höheren Anteil an der Finanzierung der Verteidigung Europas selbst zu übernehmen, 2019 vom Hirntod der Nato gesprochen hatte, versuchte zumindest gegen die USA an einer engen Kooperation mit China festzuhalten, inklusive einer Auslieferung Taiwans an eine potentielle Aggression der Volksrepublik China. Doch diese Rhetorik versuchte, abgesehen von innerfranzösischen Kalkülen, nur die eindrückliche Stärke des transatlantischen Argumentationszusammenhangs zu überdecken, der sich im Antrag Schweden und Finnlands auf einen Beitritt zur Nato manifestierte. Im Angesicht der russischen Bedrohung auch an der Ostsee und im Nordmeer setzten die neutralen Skandinavier nicht auf die europäische Souveränität unter französischer Führung und die EU, der sie beide bereits angehörten, sondern auf die USA und das Bündnis mit den angelsächsischen Mächten. Die USA und das Vereinigte Königreich trugen zusammen mit den Mittel- und Osteuropäern, denen sich Deutschland zögernd, aber doch substanziell anschloss, auch die Hauptlast für die Unterstützung der Ukraine.

Es deutet deswegen alles daraufhin, dass sich auch unter den aktuellen Bedingungen der russischen Aggression und des potentiellen Konflikts mit China, die gaullistische Position nicht durchsetzen kann, sicher nicht in einer radikalisierten eurasischen Variante. Europäische Geopolitik bleibt eingebunden in die des Westens unter der Führung der USA. Die so oft beschworene europäische Armee, besteht im tragenden Kern aus den amerikanischen Streitkräften, von der USA Navy auf den Weltmeeren bis zu den Atomwaffen in Norditalien und am Rhein. Ihre Organisationsform liegt deswegen nicht im engeren Argumentationszusammenhang des europäischen Integrationsprozesses.

Gerade vor dem Hintergrund der, mit oder ohne eine Rückkehr Donald Trumps in Weiße Haus, unabweisbarer Forderung der USA, die europäischen Sicherheitsausgaben zu erhöhen, läge auch der Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation nahe. Der naheliegende Weg dazu wäre nicht nur der Ausbau der Energieallianz, wie er über die Flüssiggaslieferungen begonnen wurde, sondern die Wiederaufnahme der auf Eis gelegten Verhandlungen für ein nordatlantisches Freihandelsabkommen.

In diesem größeren geopolitischen Argumentationszusammenhang des Westens kommt der Türkei eine Rolle an der Sicherung der Südostflanke zu, was nicht zuletzt an der Verzögerung des schwedischen Beitritts wegen Gegensätze in der Kurdenpolitik auffiel. Eigentlich gehört die Türkei in den engeren Kreis des Europaarguments, schon weil sie sich in Europa

streitet. Der griechisch-türkische Konflikt, insbesondere um Zypern, wird nur innerhalb der EU zu lösen sein. Griechenland hatte sich deshalb zum engagierten Befürworter des türkischen Beitritts gemacht. 1999 erhielt die Türkei den Status eines Beitrittskandidaten. Seit 2005 laufen Beitrittsverhandlungen, mit bescheidenen Erfolgen. Der zunächst vielversprechende Elitenwechsel durch den Wahlsieg Recep Tayyip Erdoğan führte spätestens nach dem Putschversuch gegen ihn und seinem noch autoritären Kurs danach nicht zu der, von manchen, erhofften Annäherung an den europäischen Argumentationszusammenhang. Frankreich und Deutschland hatten aber bereits zuvor unter der Führung Sarkozys und Merkels schon deutlich gemacht, dass sie die Türkei nicht als Teil Europas verstanden. Dieser Verschleppungskurs einiger Länder führte auch zu einer Reorientierung der Türkei. Da die Türkei schon auf der Grundlage ihrer demographischen Stärke ein Machtfaktor innerhalb der Mehrheitsbildung des integrierten Regierens werden würde, hatten der französische und deutsche Nationalstaat nicht nur kulturelle, sondern auch machtpolitische Gründe, einen Türkeibeitritt zu beargwöhnen.

In geopolitischer Hinsicht liegt die Türkei nicht nur an der Südostflanke der Nato gegenüber Russland, sie ist die Brücke oder das Bollwerk gegenüber dem Mittleren und Nahen Osten. Als unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise von 2015/2016 unter deutscher Führung der Türkei-Deal ausgehandelt wurde, übernahm die Türkei die Dimension eines Bollwerks. Im Gegenzug zu massiver finanzieller Hilfe schottete die Türkei ihre Grenze zur EU weitgehend ab. Dies allein wird aber die gescheiterte geopolitische Dimension der Nachbarschaftspolitik am Mittelmeer nicht wettmachen können.

Die entscheidende geopolitische Dimension der europäischen Praxis betrifft aber nicht den Süden und die Türkei, sondern die Bedrohung durch den russischen Revanchismus. Die europäische Integration hat unter amerikanischem Schirm und sowjetischer Bedrohung den Ost-West-Konflikt über prosperiert. Ob sich unter den neuen Bedrohungsbedingungen die Geschichte in dieser Hinsicht wiederholen lässt, ist alles andere als entschieden. Da Europa aus eigener Kraft kaum der russischen Bedrohung und der eurasischen Offerte, mit China im Hintergrund, standhalten kann, wird die Voraussetzung für eine nachhaltige Neupositionierung die Reintegration des europäischen Integrationsprozesses in den Westen sein. Nicht nur für



Deutschland ereignete sich eine Zeitenwende.<sup>639</sup> Auch die europäische Praxis muss ihre Nachhaltigkeit innerhalb der Bedrohung durch den russischen Revanchismus beweisen. Der europäische Argumentationszusammenhang ist für die Verbindung mit einem transatlantischen Argumentationszusammenhang offen. Er hält aber auch eine überzogene Geopolitik in der Tradition de Gaulles bereit, deren Nachhaltigkeit mehr als fraglich ist.

---

639 Mariano Barbato, *Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz* (Frankfurt/New York: Campus, 2022); Manuel Fröhlich, „„Wenn möglich bitte wenden“? Die deutsche Außenpolitik und die Navigation der Zeitenwende.“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2023): 1-12. <https://doi.org/10.1007/s41358-022-00338-y>.

